

## ***Entwurf des friedenspolitischen Teils der Plattform "Netzwerk für zukunftsfähige Politik"***

### **Für eine Zukunft ohne Krieg**

Am Vorabend des neuen Jahrhunderts ist es hohe Zeit, die Bedingungen zu schaffen, unter denen das wichtigste Ziel der Vereinten Nationen erreicht werden kann: "die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren". Haager Friedensappell 1999

Allerdings ist auch in Deutschland ist die Forderung (wieder) nicht mehr selbstverständlich, den Krieg tatsächlich aus der Realität menschlicher Gesellschaften zu eliminieren.

Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die deutsche Teilhabe daran haben uns in bestürzender Weise klargemacht, dass unter den Machteliten nach wie vor die Überzeugung vorherrscht:

*"Wir werden stets bereit dazu sein, Gewalt zur Verteidigung unserer nationalen Interessen anzuwenden. Solange, bis die menschliche Natur sich ändert, werden Macht und Gewalt im Zentrum der internationalen Beziehungen stehen." Anthony Lake, Sicherheitsberater des US-Präsidenten (aus: "Bombengeschäfte", W. Wolf, Hamburg 99)*

Uns dagegen ist klar, dass wirklich humane, demokratische, ökologisch zukunftsfähige und verantwortbare Verhältnisse global nur hergestellt werden können, wenn es gelingt, den eklatantesten Ausdruck menschlicher Destruktivität abzuschaffen: den Krieg. Es ist uns klar, dass dies gegen janfeste materielle Interessen durchgesetzt werden muß.

Wir werden den von der deutschen Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung von 1998 formulierten Grundsatz: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" nicht als "Schnee von gestern" ad acta legen, sondern Kriterien entwickeln, an denen das kriegspräventive oder kriegstreibende Handeln dieser Regierung weiter zu messen ist.

Wir sehen es als unsere Pflicht, die Ergebnisse solcher Überprüfung klar vernehmlich der interessierten Öffentlichkeit kundzutun.

### **Primärprävention kriegerischer Gewalt im Sinne der Beseitigung von Konfliktursachen**

*"Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt im Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen" (Truppenpraxis/Wehrausbildung 2/96).*

Anders ausgedrückt in der nach wie vor gültigen *Verteidigungspolitischen Richtlinie von 1992: Aufgabe der Bundeswehr ist u.a. die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt".*

In die gleiche Richtung geht die 1999 verabschiedete neue Strategie der NATO, für die nicht mehr die territoriale Verteidigung ihrer Mitglieder, sondern globale Interessenvertretung mit militärischen Mitteln im Vordergrund steht.

Die Aufrechterhaltung ökonomischer Ungleichheit mit militärischen Mitteln führt aber zwangsläufig zu Gewalt und immer neuen Kriegen.

Es ist daher unsere **primärpräventive Aufgabe**, überzeugend einzutreten für eine 2 tiefgreifende Veränderung der bestehenden sozialen und weltwirtschaftlichen Verhältnisse. Die dominierenden **Werte müssen gewandelt werden**, von der (selbst-)süchtigen Akkumulation maximalen Reichtums und maximaler Machtausdehnung weg, hin zum von Respekt getragenen Interesse am anderen, am Erhalt und der schonenden Aneignung der Biosphäre, an der Entfaltung eines Reichtums des menschlichen Lebens, der sich nicht an der Menge der verbrauchten Ressourcen mißt.

Im Zentrum muß stehen die universelle Sicherung der **Menschenrechte** als Normen und Standards von elementaren Bedingungen, die für eine wirklich humane physische, geistige und soziale Entwicklung aller Menschen notwendig und einzufordern sind. Die universelle Verwirklichung solcher Bedingungen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, Gewalt und Krieg aus den innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen zu eliminieren, die Arbeit hierfür stellt damit zivile Kriegsprävention dar.

„Bomben für die Menschenrechte“ bedeutet eine Verletzung des vor allem anderen zu schützenden Menschenrechts auf Leben und körperliche Integrität, erst recht in der heutigen Form des modernen Luftkriegs, der in erster Linie die Zivilbevölkerung und ihre Lebensgrundlagen trifft.

„Wenn kriegerisch, wenn tödlich interveniert wird, dann sind andere Interessen im Spiel als menschenrechtliche“: Die **universelle Sicherung humaner Lebensbedingungen** ist eine gewaltige Aufgabe, die nun tatsächlich nicht national, sondern nur durch globale Anstrengungen zu leisten wäre. Die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ 1992 in Rio de Janeiro hat einige Leitlinien hierfür entwickelt; so sagt das von den teilnehmenden 170 Regierungen unterzeichnete Dokument „Agenda 21“ u. a.: *„Die Ausrottung von Armut und Hunger, eine größere Ausgewogenheit der Einkommensverteilung und die Erschließung und Weiterentwicklung menschlicher Ressourcen bleiben weiterhin die größte Herausforderung überall auf der Welt. Der Kampf gegen die Armut liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller Länder.“*

Das tatsächliche Regierungshandeln gerade der reichsten und mächtigsten Staaten wird von solchen Deklarationen wenig bestimmt; dessen Prioritäten kommen eher in Zahlenrelationen zum Ausdruck, wonach die (NATO-)Staaten mit etwa 10% der Weltbevölkerung ca. 61% der Weltrüstungskosten ausgeben.

**Primärpräventiv ist also konkret und aktuell von Regierungen und Machteliten zu fordern:**

- **Eliminierung der militärischen Gewalt aus der Ressourcenaneignung und der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen**
- **Reduktion der ökologisch desaströsen Rohstoffverschwendung durch den industrialisierten Norden, entsprechend den Forderungen nach globaler Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit**
- **Handelsbeziehungen, die den ökonomischen Lebensbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit der beteiligten Länder und Regionen gerecht werden**
- **Demokratisierung internationaler Handels- und Finanzorganisationen wie WTO, IWF und Weltbank**

**Sekundärprävention** bedeutet, sicherzustellen, dass vorhandene gesellschaftliche und zwischenstaatliche Spannungen und Konflikte nicht gewaltsam bzw. kriegerisch ausgetragen werden.

Das Streben nach Hegemonie mit militärischen Mittel ist a priori eine Quelle der Aufrüstung und Kriegsgefahr. Konfliktregulation auf zwischenstaatlicher Ebene muß durch verpflichtende rechtliche Prinzipien und Vermittlung geleistet werden, wie dies in wichtigen Ansätzen von den Vereinten Nationen schon vorgesehen ist. Demgegenüber weisen aktuelle Entwicklungen wieder in Richtung uneingeschränkter nationaler Machtpolitik mit kriegerischen Mitteln, des „Rechts des Stärkeren“ als Wolfsprinzip der internationalen Politik. Eine „Kultur der Gewalt“ manifestiert sich von Jugoslawien über Tschetschenien bis zu Indien/Pakistan. Die UN werden dann nur noch als manchmal willkommene, manchmal ungeeignete Staffage beim bewaffneten Vorgehen benutzt bzw. beiseitegeschoben. Präventive Friedenspolitik muß diese Tendenz wieder rückgängig machen, und Wege zu einer demokratischeren, zivilisierten und verrechtlichten Organisation des internationalen Zusammenlebens wieder freilegen. Dies wird nur möglich sein, wenn Gleichheit vor dem (Völker)-Recht auch in dieser Sphäre zu einem anerkannten Prinzip wird. Angriffsfähige Militärbündnisse sind mit dem Ziel einer zivilisierten, verrechtlichten internationalen Ordnung nicht vereinbar, und deshalb abzulehnen.

#### **Konkrete Forderungen:**

- **Stärkung des Internationalen Gerichtshofs; Verpflichtung für alle Mitglieder der UN, internationale Konflikte vor diesem verhandeln zu lassen, und dessen Entscheidungen zu akzeptieren**
- **Schaffung eines effizienten und von nationalen Regierungen unabhängigen Völkerstrafrechts, dass für alle Mitglieder der UN verbindlich ist.**
- **Stärkung der Generalversammlung der UN, Reform und Demokratisierung der Institutionen der UN incl. des Weltsicherheitsrats**
- **Gewaltmonopol für die UN; Schaffung jederzeit abrufbarer adäquat ausgebildeter und finanzierter nichtmilitärischer und Polizei-Kontingente unter direktem Kommando der UN bzw. ihrer Regionalorganisationen**
- **Substantielle Aufstockung der finanziellen Ressourcen von UN und deren Regionalorganisationen, z.B. OSZE**

Es ist jedem denkenden Menschen klar, dass der Verkauf von Kriegswaffen das Risiko gewaltsamer Konfliktaustragung schafft bzw. erhöht; Geschäfte mit Kriegswaffen sind also mit Friedenspolitik nicht vereinbar, dies muß gerade auch der deutschen Bundesregierung mit Entschiedenheit immer wieder entgegengehalten werden, z.B. aus Anlass der fortlaufenden Waffenlieferungen an die Türkei, einem Nato-Partner, der nicht nur einen großen v.a. kurdischen Teil seiner Bevölkerung mit militärischen Mitteln und unter eklatanter Mißachtung der Menschenrechte unterdrückt, sondern auch durch grenzüberschreitende Operationen eine permanente Bedrohung und Verletzung des zwischenstaatlichen Friedens in der Region darstellt (Beispiele Zypern, Nordirak).

#### **Forderung:**

- **Verbot von internationalen Waffengeschäften; Verpflichtung der nationalen Regierungen hierzu durch ein verbindliches internationales Abkommen. Profite durch Handel mit tödlichen Waffen sind ebenso als amoralisch zu brandmarken, wie die Aufrüstung von Stellvertreter-Mächten aus globalstrategischem Kalkül.**

#### **Sanktionen/Embargo**

- **Gegen Verletzungen des internationalen Rechts wie gegen massive innerstaatliche Gewalt gilt es, wirksame nicht-kriegerische Maßnahmen auf der internationalen**

Ebene zu entwickeln. Zu legitimieren sind Sanktionen nur, wenn sie gegebenenfalls auch gegen Großmächte und deren Alliierte eingesetzt werden. Doppelte Standards untergraben das internationale Recht, machen es zur Farce in der Hand der Stärksten.

Handelsbeschränkungen und Embargo werden zu Massenvernichtungsmitteln, wenn sie die betroffene Bevölkerung von ausreichender Ernährung und medizinischer Versorgung abschneiden. Sie müssen stattdessen gezielt und konsequent die Interessen der jeweiligen Machtelite treffen. (Beispiel: Diamantenhandel der UNITA in Angola)

#### **Weitere präventive Maßnahmen auf nationaler Ebene**

Die aktuell vorgesehene „Reform“ der Bundeswehr ist nach unserer Auffassung kein Beitrag zur Friedenspolitik; statt des weiteren Aufbaus sogenannter Krisenreaktionskräfte zur Intervention in anderen Ländern, d. h. von Angriffstreitkräften, fordern wir die Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit der Armee, ihre fortschreitende Reduktion und die Transformation zu Verbänden, die dem Kommando der UN zur Verfügung gestellt werden können.

Frauen in der gegenwärtigen Bundeswehr einzusetzen, erscheint uns kein emanzipativer Gewinn, da für uns das Handwerk des Tötens von Menschen keine Perspektive humaner Selbstverwirklichung darstellt.

**Wir fordern stattdessen:**

- **Drastische Reduktion der Etats für die Streitkräfte, Umwidmung für Maßnahmen der Primärprävention, für die Stärkung der internationalen Organisationen, sowie für die Schaffung nicht-bewaffneter Kontingente des Katastrophenschutzes, der qualifizierten Konflikt-Beobachtung und Mediation, die jeweils kurzfristig für UN-Einsätze bereitstehen.**

- **Einrichtung eines Ministeriums für kriegspräventive Politik, unter Mitarbeit erfahrener Diplomaten und WissenschaftlerInnen der verschiedenen Disziplinen, sowie in diesem Bereich tätiger Nichtregierungsorganisationen**

In der öffentlichen Diskussion ist die Gefahr eines **atomar geführten Krieges** längst nicht mehr so präsent wie in Zeiten der West/Ost-Blockkonfrontation. Uns als friedenspolitisch Engagierten ist dagegen klar, dass dieses Risiko auf Grund nicht eingehaltener Verpflichtungen der Nuklearmächte zur vollkommenen Abschaffung der Atomwaffen nicht nur fortbesteht, sondern durch aktuelle Entwicklungen sogar wieder steigt. Nelson Mandela hat diesen Zustand so zusammengefaßt: „Die Atomwaffenstaaten sind vielleicht auf dem Papier zur Abschaffung ihrer Atomwaffen verpflichtet, aber in der Realität finden sie es weiter vorteilhaft, dieses Mittel für die Zerstörung der Welt zu besitzen. Es ist daher kein Wunder, dass andere Staaten auch Mitglied in diesem Club sein wollen.“

**Von der deutschen Bundesregierung fordern wir, dass sie ihr beträchtliches Gewicht als einflußreiches Nato-Mitglied mit Entschiedenheit dafür einsetzt, dass die US-Regierung sowohl auf die laufende Neuentwicklung von Nuklearwaffen verzichtet, als auch alle Arbeiten an einem Raketen-Verteidigungssystem einstellt, das nur eine weitere Runde der Destabilisierung und, damit verbunden, des Ressourcen-vergeudenden Wettrüstens und mit sich bringen wird.**

Die bereits praktisch angelaufenen Arbeiten an der **Militarisierung der EU-Strukturen**, mit dem Ziel der gemeinsamen Interventions- (also Angriffs-)Fähigkeit stellen ebenfalls keinen

Ebene zu entwickeln. Zu legitimieren sind Sanktionen nur, wenn sie gegebenenfalls auch gegen Großmächte und deren Alliierte eingesetzt werden. Doppelte Standards untergraben das internationale Recht, machen es zur Farce in der Hand der Stärksten.

Handelsbeschränkungen und Embargo werden zu Massenvernichtungsmitteln, wenn sie die betroffene Bevölkerung von ausreichender Ernährung und medizinischer Versorgung abschneiden. Sie müssen stattdessen gezielt und konsequent die Interessen der jeweiligen Machtelite treffen. (Beispiel: Diamantenhandel der UNITA in Angola)

#### **Weitere präventive Maßnahmen auf nationaler Ebene**

Die aktuell vorgesehene „Reform“ der Bundeswehr ist nach unserer Auffassung kein Beitrag zur Friedenspolitik; statt des weiteren Aufbaus sogenannter Krisenreaktionskräfte zur Intervention in anderen Ländern, d.h. von Angriffstreitkräften, fordern wir die Herstellung struktureller Nichtangriffsfähigkeit der Armee, ihre fortschreitende Reduktion und die Transformation zu Verbänden, die dem Kommando der UN zur Verfügung gestellt werden können.

Frauen in der gegenwärtigen Bundeswehr einzusetzen, erscheint uns kein emanzipativer Gewinn, da für uns das Handwerk des Tötens von Menschen keine Perspektive humaner Selbstverwirklichung darstellt.

**Wir fordern stattdessen:**

**Drastische Reduktion der Etats für die Streitkräfte, Umwidmung für Maßnahmen der Primärprävention, für die Stärkung der internationalen Organisationen, sowie für die Schaffung nicht-bewaffneter Kontingente des Katastrophenschutzes, der qualifizierten Konflikt-Beobachtung und Mediation, die jeweils kurzfristig für UN-Einsätze bereitstehen.**

**Einrichtung eines Ministeriums für kriegspräventive Politik, unter Mitarbeit erfahrener Diplomaten und WissenschaftlerInnen der verschiedenen Disziplinen, sowie in diesem Bereich tätiger Nichtregierungsorganisationen**

In der öffentlichen Diskussion ist die Gefahr eines **atomar geführten Krieges** längst nicht mehr so präsent wie in Zeiten der West/Ost-Blockkonfrontation. Uns als friedenspolitisch Engagierten ist dagegen klar, dass dieses Risiko auf Grund nicht eingehaltener Verpflichtungen der Nuklearmächte zur vollkommenen Abschaffung der Atomwaffen nicht nur fortbesteht, sondern durch aktuelle Entwicklungen sogar wieder steigt. Nelson Mandela hat diesen Zustand so zusammengefaßt: „Die Atomwaffenstaaten sind vielleicht auf dem Papier zur Abschaffung ihrer Atomwaffen verpflichtet, aber in der Realität finden sie es weiter vorteilhaft, dieses Mittel für die Zerstörung der Welt zu besitzen. Es ist daher kein Wunder, dass andere Staaten auch Mitglied in diesem Club sein wollen.“

**Von der deutschen Bundesregierung fordern wir, dass sie ihr beträchtliches Gewicht als einflußreiches Nato-Mitglied mit Entschiedenheit dafür einsetzt, dass die US-Regierung sowohl auf die laufende Neuentwicklung von Nuklearwaffen verzichtet, als auch alle Arbeiten an einem Raketen-Verteidigungssystem einstellt, das nur eine weitere Runde der Destabilisierung und, damit verbunden, des Ressourcen-vergeudenden Wettrüstens mit sich bringen wird.**

Die bereits praktisch angelaufenen Arbeiten an der **Militarisierung der EU-Strukturen**, mit dem Ziel der gemeinsamen Interventions- (also Angriffs-)Fähigkeit stellen ebenfalls keinen

Beitrag zu einer friedlicheren Welt dar, sondern knüpfen an den schlechtesten Traditionen europäischer imperialer Politik an. Europa war über Jahrhunderte Ort und Quelle der grauenhaftesten kriegerischen Gewalt weltweit. Wenn wir als Europäer die besseren Seiten europäischer Kultur weiterentwickeln wollen, so ist zu fordern:

**Der Beitrag des sich entwickelnden Europas zum globalen Zusammenleben der Menschen soll nicht mehr in Kanonenbooten, Bombenflugzeugen und Eingreiftruppen bestehen, sondern in der Entfaltung vielfältiger produktiver und kreativer ziviler Beziehungen auf allen Ebenen, zum gegenseitigen Vorteil aller Beteiligten.**

Solche Forderungen stellen für uns Kriterien dar, an denen das aktuelle Handeln auch der deutschen Regierung und Machtelite jeweils zu messen ist.

Über das öffentliche Eintreten für solche Prinzipien hinaus können wir aber auch direkt praktisch zur Kriegsprävention beitragen, durch unsere Teilnahme an der **Gestaltung des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens** die Fähigkeit zur Kriegsführung mit untergraben. Kriegsherrn sind in vielfacher Hinsicht auf Zustimmung und Unterstützung ihrer jeweiligen Bevölkerung angewiesen. Haß auf „die anderen“, Verlust der Phantasie und Einfühlung in das Leben und Leiden von Mitmenschen, Verbreitung von Denkfaulheit und Mangel an Zivilcourage sind unentbehrlich in der Vorbereitung der Massenbarbarei. Alles, was dem rechtzeitig entgegenwirkt, ist zivile Kriegsprävention, also z.B. die Sensibilisierung möglichst vieler Menschen für das Schicksal von Flüchtlingen, und das aktive und praktische Eintreten für ihren Schutz. Die Verteidigung humaner Standards im gesellschaftlichen Alltag ist gleichzeitig auch sozialpsychologische Kriegsprävention.

**Auch deshalb werden wir aktiv eintreten für**

- **Beendigung der Abschottungspolitik, der Diskriminierung und rassistischen Verfolgung von Migranten, Flüchtlingen und anderen Minoritäten in den Ländern der nördlichen Metropolen**
- **ein Ende der fortschreitenden innergesellschaftlichen Polarisierung von reich und arm, die die Gewaltbereitschaft nach innen und außen immer weiter erhöht**

Juni 2000

Reiner Braun, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative  
Dietmar Göttling, IALANA  
Matthias Jochheim, IPPNW